

Kroatien und Slowenien unterzeichnen Schiedsgerichts-Abkommen zur Lösung des Grenzstreits

Am Mittwoch, den 4.11.2009, unterzeichneten in Stockholm die Premierminister von Kroatien und Slowenien, Jadranka Kosor und Borut Pahor, unter der Zeugenschaft des amtierenden EU-Ratspräsidenten, dem schwedischen Ministerpräsidenten Fredrik Reinfeldt ein Abkommen, in dem die Lösung des Grenzstreits zwischen den beiden Ländern einem Schiedsgericht anvertraut werden soll.

Dieses soll den Verlauf der See- und Landgrenze, den Zugang Sloweniens zu den Internationalen Gewässern und die Nutzung der relevanten Seegebiete bestimmen. Dabei sollen jedoch unterschiedliche Grundsätze zur Anwendung gelangen. Während für die Festlegung der See- und der Landgrenze die "Regeln und Prinzipien des internationalen Rechtes" ausschlaggebend sein sollen, sind für die Verbindung Sloweniens mit der hohen See und die Nutzung der Adria-Ressourcen auch "Billigkeit" und das "Prinzip guter nachbarschaftlicher Beziehungen" heranzuziehen, um eine "faire und gerechte" Lösung zu erzielen.

Dem Tribunal sollen fünf Richter angehören. Zwei werden durch die beiden Länder direkt entsandt. Für den Präsidenten und die zwei verbleibenden Mitglieder erstellen die EU-Kommission und der Erweiterungskommissar eine Liste von Kandidaten. Daraus wählen die beiden Länder gemeinsam die restlichen Mitglieder. Wenn keine Einigung möglich ist, soll der Präsident des ICTY die Mitglieder aus dieser Liste auswählen. Das Verfahren soll an dem

Tag starten, wenn Kroatien den EU-Beitrittsvertrag unterschreibt. Außerdem vereinbarten die Länder, dass das Abkommen von den Parlamenten ratifiziert werden soll und beide im Voraus erklären, dass sie das Urteil des internationalen Gerichts akzeptieren.

Nach der Beendigung der Blockade der EU-Beitrittsverhandlungen durch Slowenien am 11. Sept. 2009 ist diese Übereinkunft ein weiterer wichtiger Schritt, den kroatischen EU-Beitritt und die Grenzstreitfrage zu synchronisieren und zu entflechten. Die Reaktion der drei Beteiligten, aber auch vieler internationaler Beobachter, ist schon fast euphorisch zu nennen. Gleichwohl rüsten sich derzeit die Oppositionsparteien in den jeweiligen Ländern, um die Ratifizierung aufzuhalten oder gar zu stoppen. In Kroatien benötigt die Regierung eine 2/3 Mehrheit und damit einige Stimmen der größten Oppositionspartei, der SDP. Diese ist vor allem dadurch aufgefallen, dass sie sich nicht zu einem klaren Kurs hat durchringen können. Jetzt hat sie immerhin ernste Bedenken gegen die im Vertrag vorgesehene Art der Richterauswahl angemeldet.

In Slowenien kündigten die Oppositionsparteien bereits an, den Vertrag - eine Angelegenheit „höchsten nationalen Interesses“ - einem Referendum unterwerfen zu wollen. Vorsorglich kündigte der slowenische Regierungschef an, sein politisches Schicksal sei nicht an dessen Ausgang gebunden und er würde jedenfalls nicht zurücktreten, wenn es negativ ausgehen würde.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Wie die Diskussion in beiden Ländern ausgehen wird, ist schwer vorhersehbar. Vermutlich wird der Vertrag im kroatischen Sabor letztlich die erforderliche Mehrheit finden. Ob das Referendum in Slowenien positiv ausgehen wird, ist eher unwahrscheinlich. Aber eines ist sicher: Hinter der jetzt auf Regierungsebene gefundenen Linie werden auch künftige Politiker beider Seiten nicht zurückfallen können. Sie entspricht im übrigen auch derjenigen, die die Regierungen beider Länder im Grundsatz schon einmal gefunden hatten. Und die überaus positive Botschaft für Kroatien lautet: Auch wenn in Slowenien das Ratifizierungsverfahren scheitert, wird das Land ohne erheblichen Gesichts- und Ansehenverlust die EU-Beitrittsverhandlungen Kroatiens jetzt nicht mehr stoppen können.

KROATIEN

REINHARD WESSEL

05. November 2009

www.kas.hr

www.kas.de